



**Bundesministerium  
der Verteidigung**

--1980025-V189--

Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

**Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Sören Pellmann  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin**

**Thomas Silberhorn**  
Parlamentarischer Staatssekretär  
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Stauffenbergsstraße 18, 10785 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 2004-22350

FAX +49 (0)30 2004-22380

E-MAIL [ThomasSilberhorn@BMVg.Bund.de](mailto:ThomasSilberhorn@BMVg.Bund.de)

**BETREFF** Schriftliche Frage 9/471 des Abgeordneten Sören Pellmann vom 28. September 2018,  
eingegangen beim Bundeskanzleramt am 1. Oktober 2018  
**ANLAGE** Antwort der Bundesregierung auf die oben genannte Schriftliche Frage  
**DATUM** Berlin, 17. Oktober 2018

Sehr geehrter Herr Kollege,

beigefügt übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

*Thomas Silberhorn*

ParlSts bei der Bundesministerin  
der Verteidigung Silberhorn  
1980025-V189 vom 17. Oktober 2018

*„Wie viele Vorfälle/Vergehen mit rechtsextremem Hintergrund sind der Bundesregierung innerhalb der Bundeswehr in den Jahren 2015, 2016, 2017 und 2018 bekannt, und welche Maßnahmen wurden in der Vergangenheit zur Senkung dieser ergriffen?“*

Extremismus erfährt in der Bundeswehr keine Toleranz. Dies gilt sowohl für rechts-extremistische, linksextremistische und islamisch-extremistische Hintergründe. Die Bundeswehr geht dagegen entschlossen und präventiv mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vor.

Dazu gehören folgende Maßnahmen:

Seit dem 1. Juli 2017 wird jeder Bewerber vor Einstellung durch den Militärischen Abschirmdienst (MAD) überprüft. So wurden im Zeitraum Juli 2017 bis Juli 2018 mehr als 16.000 Sicherheitsüberprüfungen für Bewerber durchgeführt. Im Ergebnis wurde mehreren Personen aufgrund eines extremistischen Hintergrundes der Eintritt in die Bundeswehr - und damit auch der Zugang zur Ausbildung an Kriegswaffen verwehrt. Diese Überprüfung gilt auch für ungediente Bewerber, welche sich als Reservist in der Bundeswehr bewerben. Dies ist unter anderem der Fall in dem aktuell durch den Reservistenverband und die Bundeswehr gemeinsam durchgeführten Pilotprojekt zur Ausbildung Ungedienter.

Bei allen Verdachtsfällen mit extremistischem Hintergrund aktiver Angehöriger der Bundeswehr werden Ermittlungen durch die Vorgesetzten eingeleitet und der MAD beteiligt. Die Bandbreite der Verdachtsfälle mit extremistischem Hintergrund reicht dabei von dem sichtbaren Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole (in allen Spektren des Extremismus) über eine mutmaßliche Mitgliedschaft in verbotenen Organisationen bis hin zum Eingang eines externen Schreibens mit extremistischem Hintergrund in einer Dienststelle der Bundeswehr.

Alle Verdachtsfälle werden durch den MAD sorgfältig überprüft. Anschließend kommt der MAD zu einer Bewertung, ob sich der Verdachtsfall bestätigt oder nicht. Die zahlenmäßige Entwicklung der erfassten Verdachtsfälle im gesamten rechtsextremistischen Spektrum stellt sich für den betrachteten Zeitraum wie folgt dar:

#### Neu aufgenommene Verdachtsfälle

2015:	2016:	2017:	III./2018:
265	227	379	198

#### Abgeschlossene Verdachtsfälle

2015:	2016:	2017:	III./2018:
282	197	234	151

#### Anzahl erkannter Rechtsextremisten

2015:	2016:	2017:	III./2018:
4	3	6	2

Unabhängig vom Ergebnis der Verdachtsfallbearbeitung werden in jedem Verdachtsfall interne Ermittlungen durch die Bundeswehr durchgeführt. In jedem Fall wird gegen jegliche Erscheinungsform und jegliche Handlung mit rassistischen, menschenverachtenden oder extremistischen Inhalten, auch schon im Ansatz, konsequent vorgegangen. Hierbei reicht das Spektrum von der disziplinarischen Ahndung über ein Verbot der Ausübung des Dienstes bis hin zur Entlassung aus der Bundeswehr.

Darüber hinaus hat die Bundeswehr im Rahmen der Inneren Führung zahlreiche und vielfältige Maßnahmen gegen jegliche Form von Extremismus ergriffen:

Die Bundeswehr versteht sich als Armee im demokratischen Rechtsstaat. Die Ausbildung der Bundeswehr ist darauf angelegt, dieses Selbstverständnis bei jedem einzelnen ihrer Angehörigen auszuprägen. So werden im Rahmen der Laufbahn-, Berufs- oder Rechtsausbildung die Bedeutung der Menschenwürde, des Rechtsstaatsprinzips und die fundamentalen Prinzipien eines demokratischen Staatswesens vermittelt. Das Zentrum Innere Führung (ZInFü) als zentrale Einrichtung der Bundeswehr für Konzeption, Weiterentwicklung und Lehre der Inneren Führung fördert die Persönlichkeitsbildung aller Beschäftigten der Bundeswehr mit dieser Zielrichtung. Hierzu bietet das ZInFü allen Bundeswehrangehörigen vielfältige Maßnahmen, Kontakte und Materialien für Aus-

Fort- und Weiterbildungen an, die fortlaufend aktualisiert und weiterentwickelt werden.

Die Bundeswehr räumt der Politischen Bildung einen hervorgehobenen Stellenwert ein. Neben den Vorgaben der Zentralen Dienstvorschrift (ZDv) A-2620/1 „Politische Bildung in der Bundeswehr“ zur Durchführung der Politischen Bildung in verschiedenen Themenkreisen werden zusätzlich jährlich Schwerpunktthemenkreise herausgegeben, die durch die Vorgesetzten in der Praxis zu behandeln sind und die mit zivilen Bildungsträgern abgestimmt werden („Netzwerk Politische Bildung“). Die Information über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus sowie politischen Extremismus ist dabei ein regelmäßiger Bestandteil der Politischen Bildung.

Aktuell wird die ZDv A-2620/1 „Politische Bildung in der Bundeswehr“ überarbeitet. Sie soll gemeinsam mit ebenfalls neukonzipierten Vorschriften zur „Historischen Bildung in der Bundeswehr“, zur „Interkulturellen Bildung in der Bundeswehr“ und zur „Ethischen Bildung in der Bundeswehr“ eine Vorschriftenreihe umfassen, die Aufgaben, Grundlagen sowie Ziele von Bildung in der Bundeswehr im Sinne einer ganzheitlichen Persönlichkeitsbildung umfassend darstellt und festlegt. Die Information und Weiterbildung über alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung entlang der sexuellen Orientierung, Abwertungen von bestimmten Gruppen etc.) sowie Erscheinungsformen des Extremismus und Extremismusprävention sind dabei unverändert integraler Bestandteil der Politischen Bildung in der Bundeswehr.

Im Februar 2017 wurde beim „Stabselement Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion“ die „Ansprechstelle Diskriminierung und Gewalt in der Bundeswehr“ eingerichtet. Sie richtet sich an alle aktiven und ehemaligen Bundeswehrangehörigen – zivil wie militärisch –, die Mobbing, Diskriminierung, körperliche oder seelische Gewalt innerhalb der Bundeswehr erfahren oder erfahren haben. Sie nimmt Hinweise entgegen und koordiniert bzw. steuert die Einzelfallprüfung, damit erforderliche Aufklärungs-, Verfolgungs-, Schutz- oder Hilfsmaßnahmen eingeleitet werden.